



Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Fortschreibung der Attac-Erklärung vom 12. Oktober 2008

Eine ATTAC-interne Positionsbestimmung

verabschiedet auf dem Herbstratschlag am 8. November 2009

Bilanz: Ein Jahr Krise – und noch immer nichts gelernt

Unter dem Stichwort „Das Casino schließen“ hat sich Attac Deutschland auf seinem Ratschlag im Oktober 2008 ausführlich zur neu ins öffentliche Bewusstsein getretenen Krise geäußert. Schon damals war deutlich: Dies ist die schwerste Krise des Kapitalismus seit 80 Jahren – mit erheblichen sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Wieder einmal zeigt sich, dass Krisen zum Kapitalismus gehören.

Doch hat auch im Jahr eins nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers die Schwere der Krise kaum Eingang in die herrschende Politik gefunden. Die anfängliche öffentliche Aufmerksamkeit für die gewaltige Dimension der Finanzkrise machte schnell der Diskussion über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen Platz. Mit hektischen staatlichen Rettungsprogrammen für Banken und Konzerne und einer Verlängerung des Kurzarbeitergeldes wird die Krise ausgesessen.

Trotz veränderter Rhetorik und einzelnen halbherzigen Maßnahmen gilt: Diejenigen, die den Crash des Systems ausgelöst haben, sitzen noch immer fest im Sattel.

Das Mantra von unendlichem Wachstum, Vollbeschäftigung und allgemeinem Wohlstand hat seine Glaubwürdigkeit verloren. Dennoch wird seit neuestem sogar versucht, den Aufschwung herbei zu prognostizieren, um damit den Eindruck zu erwecken, bald wäre die Krise vorbei und alles wieder so wie vorher. Lehren aus der Krise oder auch nur tiefere Ursachenforschung - bis jetzt Fehlanzeige! Nötig war und ist ein Bruch mit der bisherigen ökonomischen und politischen Logik, die um jeden Preis die großen Wirtschaftsakteure stärken und schützen will.

Auch nach einem Jahr haben daher unsere Forderungen nichts an Aktualität und Bedeutung verloren. Nach wie vor gilt:

Die Profiteure müssen zahlen!

Die Banken entmachten!

Finanzmärkte kontrollieren und ihre Macht brechen!

Steueroasen schließen!

Das Öffentliche den Finanzmärkten entziehen!

Die Krise sozial bewältigen!

Der soziale und ökologische Umbau der Weltwirtschaft ist unumgänglich

Neben der aktuellen Wirtschaftskrise existiert eine Vielzahl verschiedener Krisen, deren strukturelle Ursachen und Entwicklung teils Jahrzehnte zurückreichen. Ihre wesentliche Ursache jedoch liegt im kapitalistischen Wirtschaftssystem: Die Hungerkrise verschärft sich massiv, obwohl für alle genügend Nahrung vorhanden ist. Klimawandel und Umweltzerstörung nehmen gerade durch das Krisenmanagement dramatisch zu, wenn Automobil- und Chemiekonzerne gestärkt und in ihrem Umsatz gefördert werden. Der notwendige sozial-ökologische Umbau samt umweltfreundlicher Konversion fällt unter den Tisch. Für Millionen von Menschen auf dem Globus ist die soziale und materielle Krise in den Lebensverhältnissen schon jetzt tödlich. Die durch den ebenso aggressiven wie sinnlosen „Krieg gegen den Terror“ ausgelöste Krise wird durch die militärischen Pläne der Nato noch gesteigert. Schließlich ist die Krise der Demokratie und der politischen Repräsentanz offensichtlich. Solange diese multiplen Katastrophen des Kapitalismus nicht ernsthaft angegangen werden, kann von einem Ende der Krise nicht die Rede sein.

Keine Krisenbewältigung ohne Entmachtung der Banken: Ein tiefgreifender struktureller Umbau der Finanzwirtschaft ist unerlässlich. Bis es so weit ist, hat der SoFFin als ersten Schritt seine Vergabepaxis offenzulegen, damit die öffentliche Kontrolle über den Bankenrettungsschirm möglich wird. Eine weitere bedingungslose Stützung des Bankensektors öffnet ein Fass ohne Boden,

ermuntert die Banken zum ungebrochenen Spekulieren mit billigem Zentralbankgeld und schafft somit den Anreiz zum "Weiter so".

Selbstverständlich brauchen Menschen in der modernen Gesellschaft ein funktionierendes Banksystem. Aber es gibt keinerlei Notwendigkeit für einen privaten Bankensektor. Allerdings kann, wie die Erfahrungen mit den Landesbanken zeigen, die Lösung nicht in bloßer Verstaatlichung bestehen. Sie muss mit einer Neudefinition der Aufgaben, einer Verpflichtung auf das Gemeinwohl und einer strikten demokratischen Kontrolle einhergehen.

Globale Kooperation: Nicht erst mit dem Niedergang der Führungsrolle der USA ist es richtig, dass Regierungen ihr Verhalten in der Krise weltweit abstimmen und nicht auf eigene Faust handeln. Aber es gibt keinerlei Grund, warum das in dem kleinen, selbsternannten Kreis der G20 und nicht mit allen Regierungen gemeinsam geschehen sollte. Die UN ist, obwohl reformbedürftig, momentan das einzig legitime Gremium zur Abstimmung der globalen Wirtschaftspolitik.

Sozial-ökologische Transformation: Die gigantischen Summen, die jetzt zur Krisenbewältigung ausgegeben werden, müssen für den ökologischen Umbau der Gesellschaft, für Investitionen in Bildung und soziale Infrastruktur sowie für die direkte Erhöhung der Sozialeinkommen genutzt werden. Dabei aber darf das bisherige Modell des Energie- und Ressourcenverbrauchs, der unbegrenzten Mobilität und der ökonomischen Machtkonzentration nicht fortgeschrieben werden. Die Entwicklung einer alternativen und solidarischen Ökonomie ohne Wachstumslogik ist dringend geboten. Bestehende und geplante solidarische Wirtschaftsunternehmen, z.B. Genossenschaften, Betriebsübernahmen durch Belegschaften sind durch gesetzliche und finanzielle Maßnahmen zu fördern.

Garantie des Sozialen: Die Krise sozial zu bewältigen bedeutet im globalen Rahmen: Die armen gemachten Länder des Südens im Blick zu haben, die verstärkt unter den Krisen leiden. Sie brauchen einen umfassenden Schuldenerlass, die Abschaffung der Strukturanpassung durch den IWF und Maßnahmen, um die Ernährungssouveränität sicherzustellen. Die Abkehr von der unmenschlichen Migrationspolitik der letzten Jahre gehört ebenfalls dazu.

In unseren eigenen Gesellschaften sind sehr weitgehende Maßnahmen zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen und zur Stärkung öffentlicher Teilhabemöglichkeiten durchzuführen: Vermögensabgabe und dauerhaft hohe Vermögensteuer, solidarische Einfachsteuer, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung und tatsächliche soziale Grundsicherung, solidarische Bürgerversicherung statt privater Vorsorge, umfassender Ausbau von kostenloser Bildung und Infrastruktur, Schluss mit Privatisierung und Private-Public-Partnership.

Demokratische Wirtschaftsweisen stärken: Bürgerbefragungen und Volksentscheide, Wirtschaftsdemokratie, partizipative Entscheidungsforen nicht nur zum Haushalt sind keine überflüssigen oder gefährlichen Spielereien, sondern wichtige und notwendige Schritte, um die Krisen überwinden zu können. Die Stärkung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ist eine Voraussetzung für den langfristigen Erfolg des Versuchs, die in der Krise liegenden Chancen zu nutzen.

Profiteure zahlen die Kosten der Krise: Der Zusammenbruch des Casino-Kapitalismus wurde nur mit massenhaftem Einsatz von Steuergeldern verhindert, in der Folge wird die Staatsverschuldung sprunghaft zunehmen. Daher müssen die Profiteure auch für die Finanzierung der daraus erwachsenen zusätzlichen Staatsschulden vollständig aufkommen. Die Beteiligung an der Sanierung des Staatshaushaltes – wie in den vergangenen Jahren z. B. die Erhöhung von Massensteuern oder die Kürzung von Sozialausgaben – lehnen wir ab. Denn: „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“

Druck von unten: Echte Veränderungen statt Pseudo-Politik

Als Grundlage ihres Handelns ist von den herrschenden Eliten weder Solidarität noch eine bewusste politische Gestaltung im Interesse der Opfer der Krisen zu erwarten. Emanzipatorische Veränderungen brauchen Druck von unten. Daher RATSCHLAGSBESCHLUSS

Mehr Informationen im Internet unter www.attac.de/krisen

Kontakt: Attac Bundesbüro, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: (069) 900 281-10, E-Mail: fabian.scheidler@attac.de